

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht von der Bürgerkonferenz am 18.6.2012 im Stadthaus Mannheim

Quadrate Kaffee – eine Einladung zur Fairsuchung in der Fair Trade Town Mannheim

Über 80 Bürgerinnen und Bürger versammelten sich am 18.6.2012 im Ratssaal der Stadt Mannheim zur Bürgerkonferenz im Rahmen des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! der Landesregierung Baden-Württemberg. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz begrüßte die Bürgerkonferenz. Minister Peter Friedrich stellte den Dialogprozess vor und setzte sich in der Diskussion mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger auseinander, die in vier Workshops erarbeitet worden waren. Moderiert wurde die Bürgerkonferenz durch Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll.



Begrüßung durch Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz begrüßte die Teilnehmenden der Bürgerkonferenz in der „Fair Trade Town Mannheim“. Entwicklungszusammenarbeit sei in Mannheim intensiv vor Ort verankert. Ein Motiv hierfür sei sicher die internationale Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, aber das Engagement liege auch im Eigeninteresse der Menschen vor Ort. „Die Fragen,

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



die uns in der Entwicklungszusammenarbeit bewegen, sind Fragen, die wir auch vor Ort lösen müssen.“ Oberbürgermeister Dr. Kurz nannte als Beispiel den Klimawandel. Dieses Problem werde auf kommunaler Ebene gelöst oder es werde nicht gelöst. Mannheim habe zwar keine direkte Partnerstadt in einem Entwicklungsland, aber vielfältige Beziehungen durch die Partnerbeziehungen der Organisationen und Verbänden in der Stadt. Es sei Ausdruck gelebter Demokratie, solche Initiativen zu unterstützen und zu fördern. Dr. Peter Kurz dankte der Landesregierung für die aktive Einbeziehung der Kommunen in den entwicklungspolitischen Dialog. „Den Ansatz, mit den Kommunen zusammen einzuladen und den Dialog zu suchen, finde ich sehr richtig.“



Minister Peter Friedrich: Baden-Württemberg ist das am stärksten internationalisierte Bundesland

Minister Peter Friedrich würdigte das Engagement der Stadt Mannheim in der Entwicklungszusammenarbeit, das sich nicht zuletzt in der Präsenz wichtiger Organisationen wie der GIZ, dem Internationalen Institut für Berufsbildung, dem Goethe-Institut Mannheim-Heidelberg und einer Vielzahl lokaler Initiativen widerspiegeln.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Mannheim sei ein Beispiel dafür, wie international Baden-Württemberg vernetzt sei. Zum einen durch die Menschen aus über 100 verschiedenen Ländern, die hier lebten, zum anderen durch die vielfältigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen in alle Welt. Diese internationale Vernetzung biete für die Entwicklungszusammenarbeit viele Möglichkeiten, die es zu nutzen gelte. „Ein Ergebnis des entwicklungspolitischen Dialogs zeichnet sich jetzt schon ab: Wir wollen die Kompetenzen der Migrantinnen und Migranten in unserem Land, der so genannten Diaspora, viel stärker in die Entwicklungspolitik des Landes einbeziehen.“ Ein anderes Anliegen der Landesregierung sei, die Wirtschaft intensiver als bisher in die Entwicklungszusammenarbeit mit einzubeziehen.

Minister Peter Friedrich sagte, dass das Land die Partnerschaft mit Burundi ausbauen wolle. Dies solle aber nicht auf Kosten anderer Partnerbeziehungen geschehen. Wichtig sei, dass die Entwicklungsarbeit des Landes von den engagierten Menschen vor Ort getragen werde, sei es in Baden-Württemberg oder in den Partnerländern.

Ein Vertreter des Vereins „Hilfe zur Selbsthilfe“ wollte wissen, ob die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) in Zukunft stärker auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgerichtet werden könne, nicht nur im Hinblick auf ihre Beratungstätigkeit, sondern auch im Hinblick auf die finanzielle Förderung der Projekte anderer Organisationen. Minister Friedrich erläuterte, dass es ein Anliegen der SEZ sei, das Serviceangebot für entwicklungspolitisch aktive Organisationen zu erweitern und zielgerichteter auszurichten. Die SEZ solle als Dienstleister für die Zivilgesellschaft da sein. Bisher habe die SEZ aber kaum eigene Projektmittel.

Workshops zu den neuen entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

Im Anschluss an die einführende Rede von Minister Friedrich erarbeiteten die Teilnehmenden der Bürgerkonferenz in vier Workshops konkrete Vorschläge für die entwicklungspolitischen Leitlinien:

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Workshop 1: Nord-Süd-Partnerschaften

Moderation: Susanne Wolf

Gegenseitige Lernprozesse:

Der Workshop betonte, dass dabei die Reflexion der gemeinsamen Geschichte und der eigenen Rolle, z.B. in Bildung, Wirtschaft und Politik wichtig sei. Die Vielfalt sei als Bereicherung wahrzunehmen: man solle die Werte wahrnehmen und sich zunutze machen. Partnerschaftsarbeit solle prozess- statt projektorientiert angegangen werden, d.h. nachhaltig und langfristig.

Gleichberechtigter Reverse-Austausch (mit Schwerpunkt auf Süd-Nord-Richtung):

Freiwilligen-Reverseprogrammen sollten finanziell unterstützt werden. Es gehe dabei auch um nicht-universitäre Austauschprogramme. Gefordert wurden mehr Service und Unterstützung für Vernetzung von bestehenden Reverseprogrammen (z. B. Zugvoegel.org).

Grundlage einer fairen Partnerschaft:

Zur Partnerschaft gehört gleiche Augenhöhe. Was gleiche Augenhöhe bedeutet, soll mit den NGOs und Zivilgesellschaften definiert werden. Alle Beteiligten sollen sich verpflichten, sich an Menschenrechten und ILO-Arbeitsnormen zu orientieren.



Workshop 2: Fairer Handel, faire Beschaffung, wirtschaftliche Zusammenarbeit

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Moderation: Dr. Dieter Heidtmann

Der Workshop Wirtschaft befasste sich zum einen mit Finanzfragen. So wurde gefordert, dass es keine Unterstützung von Banken mit Landesbeteiligung für entwicklungsschädliche Großprojekte geben dürfe. Auch sollten Banken mit Landesbeteiligung sich nicht an Nahrungsmittel-Spekulationen beteiligen.

Der Workshop forderte, Baden-Württemberg solle Fair Trade-Land werden. Dazu solle sich das Land an der Finanzierung hauptamtlicher Fairhandelsberater beteiligen.

Für die Förderung der Fairen Beschaffung sei ein Landesvergabegesetz mit verbindlichen Standards und Kontrollen notwendig.

Das Land solle sich dafür einsetzen, das Grundrecht auf Wasser auf allen politischen Ebenen rechtlich zu verankern. Es solle sich gegen Patente auf „altes Wissen“ über Heilkräuter etc. einsetzen und die lokale, solidarische Landwirtschaft stärken.

Zur Kohärenz in der Entwicklungspolitik gehöre auch, sich auf allen politischen Ebenen gegen Waffenexporte in Entwicklungsländer einzusetzen.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Workshop 3: Bildung, Kultur und Wissenschaft in der Entwicklungszusammenarbeit

Moderation: Viktoria Pum

Der Workshop zum Thema Bildung, Kultur und Wissenschaft forderte eine stärkere Förderung des internationalen Austauschs und der entwicklungspolitischen Bildung. Die Zusammenarbeit verschiedener Akteure in diesem Bereich müsse ausgebaut werden. Auch fehle es an einer Datenbank, die einen Überblick über die existierenden Projekte gebe. Der Workshop regte an, dass der Beitrag des Islams für die Geistes- und Naturwissenschaften auch in der Entwicklungszusammenarbeit besser wahrgenommen werden müsse.



Workshop 4: Ökologische Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Moderation: Dr. Regina Fein

Der Workshop zu ökologischer Nachhaltigkeit betonte, dass grundsätzlich auf Bestehendem aufgebaut werden müsse. Das Land Baden-Württemberg habe eine Vorbildfunktion in punkto Klima- und Umweltschutz. Auch ein Technologietransfer, insbesondere im Energie- und Wassersektor, sollte forciert werden. Baden-Württemberg solle zu einem „Fair-Trade-Land“ weiterentwickelt werden, das sich für den Erhalt der Biodiversität einsetze und Kleinbauern statt

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Agrarkonzernen unterstütze. Der Workshop verwies darauf, dass die Bildungsarbeit gerade im Umweltbereich eine große Rolle spiele.

Die Ausbildung von Frauen und Mädchen solle besonders gefördert werden.



Diskussion der Vorschläge für die Leitlinien mit Minister Peter Friedrich

Minister Friedrich unterstützte die Forderung aus dem Workshop „Nord-Süd-Partnerschaften“ nach mehr „Reverse-Programmen“. Es wolle sich dafür einsetzen, dass gegenläufige Austauschmöglichkeiten auch in der Landesverwaltung und in den Kommunen ausgebaut würden.

Im Hinblick auf die Forderung des Workshops „Bildung“ nach der Einrichtung einer neuen Datenbank gab er zu bedenken, dass es bereits verschiedene bestehende Datenbanken gäbe. Hier bestehe offensichtlich Klärungsbedarf zur weiteren Entwicklung dieser Netzwerke.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit betonte Minister Friedrich die Absicht der Landesregierung, das Thema des Fairen Handels und der Fairen Beschaffung im Land stärker zu fördern. Wichtig sei hierbei, die Mitarbeitenden, die für die Beschaffung verantwortlich seien, gut zu schulen - auch in den Kommunen -, damit die Vorgaben für eine faire, regionale ökologische Vergabe auch umgesetzt würden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Im Bereich der „ökologischen Nachhaltigkeit“ sah auch Minister Friedrich, dass Baden-Württemberg hier eine Vorbildfunktion habe. Entscheidend sei, dass die entwicklungspolitischen Dimensionen in allen Bereichen der Landespolitik wahrgenommen würden. Energie sei dabei ein zentrales Beispiel. Im ökologischen Bereich sei aber nicht nur wichtig, was man positiv tun könne, sondern auch, was man an negativen Auswirkungen unterlassen könne.



Im Anschluss an die Reaktion des Ministers auf die Workshop-Ergebnisse diskutierten die Teilnehmenden ihre Vorschläge für die entwicklungspolitischen Leitlinien mit Minister Peter Friedrich.

Der Vertreter einer muslimischen Organisation wünschte sich, dass der Beitrag des Islam zu Wissenschaft und Bildung der Menschen in den Entwicklungsländern besser wahrgenommen werde. Er wünschte sich eine bessere Erforschung der Arbeit des Islams in diesem Bereich. Minister Friedrich verwies darauf, dass die Abfrage der entwicklungspolitischen Aktivitäten an den Hochschulen des Landes gezeigt hätte, dass es eine Vielzahl von Arbeitsbereichen mit einem Entwicklungsbezug gäbe, diese aber bisher nur unzureichend untereinander vernetzt seien. Er hoffe, dass das „Themengespräch Wissenschaft“ in der kommenden Woche hierzu neue Handlungsmöglichkeiten aufzeigen wird.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Von einem Vertreter der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) wurde die Absicht des Landes, die Partnerschaft mit Burundi zu vertiefen, kritisch hinterfragt: Wie sollen hierbei die Menschenrechte gestärkt werden? Eine zweite Frage richtete sich auf die Kohärenz der Entwicklungspolitik zwischen Landes- und Bundesebene. Schließlich ging es in einer dritten Frage um den Bildungsbegriff, den das Land bei seiner Entwicklungszusammenarbeit zugrunde lege: Ist Bildung nur, was in den deutschen Lehrplänen enthalten ist oder wie werden die Bildungsinhalte aus anderen Kulturen aufgegriffen?

Minister Friedrich erläuterte, dass das Land nicht beabsichtige, eine Partnerschaftsvereinbarung einzugehen, die es an die Regierung eines Partnerlandes binde. Wichtig sei ein Rahmenabkommen, das die Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene stärke. Man wolle die Partnerschaftsarbeit nicht von der Regierung abhängig machen. Hierzu kam noch einmal eine Nachfrage aus dem Partnerschaftsverein „ONE“. Man könne in einer Partnerschaft doch auch durch Projekte auf zivilgesellschaftlicher Ebene gegen eine korrupte Regierung vorgehen. Minister Friedrich stimmte dem zu, dazu sei aber notwendig, dass eine Partnerschaft nicht von den Partnerregierungen abhängig sei.



Zur Kohärenz der Entwicklungspolitik zwischen Bund und Land erklärte Friedrich, dass es hier in der Tat gelegentlich unterschiedliche Schwerpunkte gäbe. So intensiviere die Landesregierung bewusst den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung derzeit andere

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Schwerpunkte setze. Baden-Württemberg setze sich aber auch auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für eine kohärente Entwicklungspolitik ein und könne dabei durchaus Einfluss nehmen.

Der Bildungsbegriff in der Entwicklungszusammenarbeit müsse im Dialog mit den jeweiligen Partnern geklärt werden. Es liege nicht am Land Baden-Württemberg, zu entscheiden, welche die nächsten Schritte in der Entwicklungspolitik seien, sondern auch an den jeweiligen Partnerländern. Die Ziele Baden-Württembergs müssten in Beziehung dazu gesetzt werden, was vor Ort in den Entwicklungsländern wichtig und hilfreich sei.

Eine Vertreterin des Eine-Welt-Forums Mannheim und von Attac verwies auf die enge Verbindung von Entwicklungs- und Friedenspolitik. Ohne Friedenspolitik sei keine Nachhaltigkeit möglich. Das Land müsse sich deshalb für eine strenge Rüstungskontrolle einsetzen. Sie wünsche sich auch ein stärkeres Engagement der Landesregierung gegen Gentechnik und gegen Patente auf Saatgut. Minister Friedrich verwies darauf, dass Rüstungsexport-Fragen in der Verantwortung des Bundes liege und das Land hier tatsächlich wenig Einflussmöglichkeiten habe. An anderer Stelle versuche das Land, seine Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bundesebene zu nutzen. So habe man zusammen mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Initiative gegen eine Exportförderung von Nahrungsmittelexporten in Entwicklungsländer gestartet und sich im Bundesrat gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel eingesetzt.

Eine Teilnehmerin verwies auf die Bedeutung der Gleichstellungspolitik und der Frauenförderung in der Entwicklungspolitik. Für die Gleichberechtigung der Frauen und den Schutz der Frauen vor Menschenrechtsverletzungen müsse mehr Geld bereitgestellt werden. Minister Friedrich unterstützte dieses Anliegen, das auch auf anderen Bürgerkonferenzen bereits angesprochen wurde. Das Integrationsministerium des Landes arbeite intensiv an dem Thema. Gleichstellung sei aber auch bei der Bereitstellung von Projektmitteln ein wichtiges Kriterium, z. B. bei der Vergabe von Mikrokrediten.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Aus der Freiwilligenorganisation „Zugvögel“ kam die Frage, ob es nicht eine bessere Förderung von „Reverse-Programmen“, d.h. der Vermittlung von Jugendlichen aus Entwicklungsländern nach Baden-Württemberg geben könne. Minister Friedrich verwies darauf, dass es in diesem Bereich bereits kleine Fördermaßnahmen wie das Studienbegleitprogramm STUBE gebe, aber dieses Anliegen wäre bei der Regierung bereits angekommen und man überlege, wie man die Austauschprogramme insgesamt weiter entwickeln könne.

Die Vertreterin einer Indien-Projektgruppe verwies auf die anhaltenden Schwierigkeiten, finanzielle Unterstützung für kleine Projekte wie den Bau einer Grundschule zu bekommen. Minister Friedrich reagierte darauf, dass dies in der Tat vorrangig eine Aufgabe des Bundes sei, Baden-Württemberg überlege aber, die Beratung von solchen Basisinitiativen auszubauen, um ihnen den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern.

Die Bürgerkonferenz in Mannheim war die letzte der Bürgerkonferenzen. Abschließend wurde Minister Peter Friedrich nach seinem Gesamteindruck des Bürgerbeteiligungsprozesses gefragt: Er erklärte, dass durch die Vielzahl der Veranstaltungen manche Aspekte wie die stärkere Einbeziehung der Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit mehr in den Blick gerückt wären. „Auf jeder Veranstaltung gab es einen Lernzuwachs.“ Vor allem aber sei deutlich geworden, dass Entwicklungspolitik vernetztes Denken und Handeln brauche. Die Landespolitik habe an sehr vielen Stellen eine entwicklungspolitische Dimension und diese gelte es ganzheitlich in den Blick zu nehmen. Insofern sei es eine gute Entscheidung gewesen, den Dialog so breit anzulegen.

Quadrate Kaffee – eine Einladung zur Fairsuchung in der Fair Trade Town Mannheim

Zum Abschluss der Veranstaltung verschenkte die Stadt Mannheim fair gehandelten „Quadrate-Kaffee“ an alle Teilnehmenden der Bürgerkonferenz - als kleiner Dank für das entwicklungspolitische Engagement der Teilnehmenden und als „Einladung zur Fairsuchung“.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Die einzelnen Vorschläge aus den Workshops für die entwicklungspolitischen Leitlinien finden Sie in einer getrennten Dokumentation zur Bürgerkonferenz Mannheim auf der Website der Landesregierung.

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt.

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT! finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt

Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

weltbuerger@ev-akademie-boll.de